

Kommunal relevant

Die AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert

Neue Perspektiven für ländliche Räume von Ingbert Liebing

Die ländlichen Regionen werden von der demografischen Entwicklung und modernen Wanderungsbewegungen besonders hart getroffen. Sie benötigen zusätzliche Unterstützung. Jede Region muss faire Entwicklungschancen haben. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in städtischen und ländlichen Regionen sichern – so, wie es im Grundgesetz verankert ist.

Dort, wo Familien und Unternehmen abwandern, weil ihnen schnelles Internet fehlt, weil Schulen, Arztpraxen und Lebensmittelläden schließen, wird die Koalition politisch aktiv. Hervorzuheben ist neben der beschlossenen Breitbandstrategie der Bundesregierung und dem Gesetz zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen auch das neue Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“, das Aktionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“ sowie das Versorgungsstrukturgesetz, das die medizinische Versorgung verbessert.

Wir wollen aber noch mehr erreichen und dem ländlichen Raum ohne bürokratische Scheuklappen neue Perspektiven eröffnen. Unser Ziel ist es, dass die ländlichen Regionen ihre Zukunft eigenverantwortlich und erfolgreich gestalten können. Im Vordergrund stehen die Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen und die Weiterentwicklung von Förderprogrammen. *(Fortsetzung Seite 2)*



Setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in Städten und auf dem Land ein: Ingbert Liebing, Vorsitzender der Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“, hier auf dem Kongress der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP am 11. Juni 2012: (Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion).

Inhalt	
Götz: Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen	3
Götz: Kein generelles Tempo-30-Limit in Städten	4
Bund-Länder-Vereinbarung zum Fiskalpakt	4
Wettbewerb 2012: In ländlichen Räumen mobil	5
CDU/CSU-Flyer „Starke Kommunen, starkes Land“	5
Ein Jahr Bundesfreiwilligendienst	6
Optionsmodell und Einbürgerungsrecht	6
Einheitliche Behördennummer 115	7
ÖPP-Beratung bis zum 31.07.2012 sichern	8
Stärkung der Innenentwicklung in den Städten	8
Appell für mehr Baukultur	9
TERMIN: Kommunalkongress am 17.10.2012	9



„LÄNDLICHE RÄUME, REGIONALE VIELFALT – WIE GESTALTEN WIR DIE ZUKUNFT?“ Impressionen vom Kongress der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP am 11. Juni 2012 u.a. mit Bundesminister Ronald Pofalla, Chef des Bundeskanzleramts, Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Max Straubinger, Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“ und Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Die zahlreichen Teilnehmer konnten zwischen den Modulen 1: „Wachstum, Beschäftigung und Infrastruktur stärken“, 2: „Tourismus fördern, Regionen attraktiv gestalten“ und 3: „Neue Wege in der Daseinsvorsorge gehen“ inhaltliche Schwerpunkte wählen. (Fotos: CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Neue Herausforderungen erfordern neue Antworten. Zur Erarbeitung konkreter Vorschläge hat die christlich-liberale Koalition im März 2012 die Arbeitsgruppe „Ländliche Räume – Regionale Vielfalt“ eingesetzt. Im Dialog mit direkt betroffenen Menschen des ländlichen Raumes – aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur – quer über alle staatlichen Ebenen und Fachbereiche hinweg, wurde in zahlreichen Sitzungen sowie einem

abschließenden Kongress ein Handlungskatalog erarbeitet.

Der erste Teil des Auftrags der Arbeitsgruppe ist erfüllt. Es liegt ein integriertes Handlungskonzept vor, das ökonomische, ökologische, administrative und soziale Aspekte umfasst. Es bietet Antworten darauf, wie die Politikfelder stärker miteinander verknüpft und die Rahmenbedingungen neu gesetzt werden können.

In vier Handlungsfeldern, in denen Bundesregierung, Länder, Landkreise, Städte und Gemeinden in Verantwortung stehen, setzt die Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume – Regionale Vielfalt“ besondere Akzente:

1. Verkehrs-, Kommunikations- und Energieinfrastruktur
2. Wirtschaft und Arbeit
3. Sozialer Zusammenhalt, Betreuung, Gesundheit und Pflege
4. Integrierte ländliche Entwicklung.

Dabei setzen wir insbesondere auf leistungsfähige Kommunen und auf interkommunale Zusammenarbeit. Breitbandförderprogramme wollen wir – über die Grundversorgung hinaus – auch für Glasfaser sowie kommunale Unternehmen öffnen. Die bisherigen Bundesmittel für ÖPNV und kommunalen Straßenbau wollen wir auch über 2013 hinaus für diese Aufgaben sichern. Förderprogramme wollen wir verstärkt auf die ländlichen Räume ausrichten. Dabei brauchen wir auch Programme, mit denen die Anpassung an den demografischen Wandel

unterstützt wird („Rückbauprämie“). Wir wollen darüber hinaus Förderprogramme zu „Regionalbudgets“ bündeln. Neue Chancen bietet der Energiesektor mit einer dezentralen Energieerzeugung. Auch hier wollen wir die Rolle der Kommunen stärken („Bürgerwindparks“, gesetzliche Festschreibung als Beteiligte beim Netzausbau). Das Baurecht wollen wir flexibilisieren, insbesondere für Nachfolgenutzungen aufgegebenen Gebäude. Das geht über die militärische Konversion hinaus. Ziel ist es dabei auch, den Umbau zu altersgerechten Wohnungen zu unterstützen.

In einem zweiten Schritt gilt es jetzt, gemeinsam mit der Bundesregierung und den Ländern parlamentarische Initiativen zu entwickeln und gesetzgeberisch tätig zu werden. Der ländliche Raum muss in der zweiten Jahreshälfte 2012 ganz oben auf der politischen Agenda der Koalition stehen. Wir sind entschlossen zu handeln und aktiv einzugreifen.

**Den Abschlussbericht und weitere Informationen finden Sie unter:
www.cdusu.de/laendliche-raeume.**

Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen

Kommentar von Peter Götz



Der Deutsche Landkreistag hat den Bund gebeten, sicherzustellen, dass die gerade im ländlichen Raum immer wichtiger werdende Zusammenarbeit von Kommunen nicht erschwert wird. Vor dem Hintergrund einer drohenden Umsatzsteuerpflichtigkeit für öffentliche Kooperationen ist diese Forderung aufgrund eines Urteils des Bundesfinanzhofes vom 10. November 2011 berechtigt. Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge gerade in dünn besiedelten Räumen wird angesichts des demografischen Wandels eine besondere Herausforderung sein. Das geht

nur mit einer verstärkten Zusammenarbeit von Kommunen.

Die Entwicklung dezentraler Energiesysteme, die Nutzung alternativer Technologien für die Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie die Vernetzung und Kooperation von Ressourcen und Kräften, etwa bei Einsätzen der Rettungsdienste oder bei elektronischen Verwaltungsdiensten, müssen daher ganz oben auf die politische Agenda. Dazu gehört auch eine zügige flächendeckende Versorgung mit Infrastruktur für ein schnelles Internet.

Eine bessere Zusammenarbeit der Kommunen darf nicht über die bestehenden Regelungen hinaus steuerlich belastet werden. Steuerliche und bürokratische Hemmnisse sind zu beseitigen.

Bekanntnis für kommunale Selbstverwaltung auch bei Tempo 30-Vorschriften

von Peter Götz



*Peter Götz, Vorsitzender der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
(Foto: Deutscher Bundestag)*

SPD und Bündnis90/Die Grünen wollen in der Straßenverkehrsordnung Tempo 30 als neue zulässige Höchstgeschwindigkeit in Städten festschreiben. In einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 27. Juni 2011 haben die Verkehrspolitiker der Opposition diese Forderung wiederholt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt ein generelles Tempo-30-Limit in Städten ab. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort ihre Heimat selbst gestalten können. Das ist das politische Leitbild der Kommunalparteien CDU und CSU. Neben finanziellen Spielräumen der

Kommunen, für die wir uns gerade in dieser Legislaturperiode massiv eingesetzt haben, gehört dazu auch die kommunale Planungshoheit. Die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden wissen am besten, was für ihre Stadt gut ist und was nicht. Sie setzen sich täglich mit ihren Bürgern auseinander und sollen deshalb selbst entscheiden können, wo sie eine 30-Zone für richtig finden und wo nicht.

Es gibt hervorragend funktionierende Tempo-30-Zonen. Wir haben Geschwindigkeitsbegrenzungen vor Schulen, Kindergärten und Senioreneinrichtungen. In vielen Kommunen gibt es Spielstraßen mit Tempo sieben und es gibt reine Fußgängerzonen. Diese breite Palette der Verkehrsgestaltung ist ein wichtiger Bestandteil kommunaler Planungshoheit, der in kommunaler Verantwortung bestens aufgehoben ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will, dass das so bleibt.

Verkehr ist wie Wasser. Er sucht sich bei einheitlicher Geschwindigkeitsbegrenzung den kürzesten Weg. Mit einem generellen Tempo 30 in allen Städten und Gemeinden würden SPD und Grüne in vielen Wohngebieten gut funktionierende Tempo-30-Zonen massiv schwächen.

Bund-Länder-Vereinbarung zum Fiskalpakt

Bund und Länder haben sich im Vorfeld der Zustimmung zum Fiskalpakt auf ein Eckpunktepapier verständigt. Gewinner sind die Städte, Gemeinden und Kreise. Ergänzend zur ohnehin eingeleiteten milliardenschweren Kommunalentlastung durch die Kostenübernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erfolgen nun weitere Schritte. Am wichtigsten ist die vereinbarte anteilige Bundesfinanzierung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Hierfür wenden die Kommunen jährlich rund

13 Milliarden Euro auf. Außerdem werden die Bundesmittel für den Kita-Ausbau nochmals erhöht. Damit kann die mit dem Kinderförderungsgesetz anvisierte Zahl der Krippenplätze von 750.000 auf 780.000 erhöht werden.

Den Kommunen nützen auch die angestrebten gemeinsamen Anleihen von Bund und Ländern. Diese eröffnen den Landeshaushalten neue Finanzierungsspielräume – auch für den kommunalen Bereich.

Wettbewerb 2012: In ländlichen Räumen mobil!

Im Januar 2011 startete das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag den Wettbewerb „Menschen und Erfolge“. Der Wettbewerb ist Bestandteil der „Initiative Ländliche Infrastruktur“, mit der die Bundesregierung einen Beitrag zur Stärkung der ländlichen Räume leistet. Wenn es um Mobilität in ländlichen Räumen geht, ist nicht nur die öffentliche Hand als Träger der Grundversorgung aktiv: Bürger, Vereine und Unternehmen tragen ebenfalls dazu bei, dass Mobilitätsangebote gesichert und Verkehrsinfrastruktur erhalten bleibt.

„Wir wollen das Engagement der Menschen ans Licht der Öffentlichkeit holen, damit andere von erfolgreichen Initiativen lernen können“, sagte Bundesminister Dr. Peter Ramsauer zum Auftakt. Mittlerweile sind zwei Wettbewerbsrunden erfolgreich abgeschlossen, die Wettbewerbsrunde 2013 wird voraussichtlich noch in diesem Jahr ausgelobt. Am 19. Juni 2012 verlieh Staatssekretär Rainer Bomba die Auszeichnungen der Wettbewerbsrunde 2012. 13 Teilnehmer konnten sich über Schecks zwischen 500 und 3.000 Euro freuen. Wie das Bundesministerium weiter mitteilte, erhielten erste Preise das „JugendCardTaxi“ aus dem Berchtesgadener Land, der Bedarfsgerechte SchülerInnentransport aus Olfen und das Mobile Bürgerbüro der Lutherstadt Wittenberg.

Zweite Preise erhielten der „Biberger Bürgerbus“, „NatureRide Kids on Bikes“ aus Sachsen und die Ansiedlung von Hausärzten mit Außenstellen aus Beilrode. Dritte Preise ging an das Carsharing-Projekt „Dorfauto Hübenthal“, das Projektteam „Rolli-Reisen im Eichsfeld“ und „Unser Laden - Lebensmittel / mehr“. Anerkennungen erhielten desweiteren die Bürgerhilfe Sachsen e.V. für „Zuhause alt werden“, die Freizeitbuslinie „Heide-Shuttle“ im Naturpark Lüneburger Heide, die flinc AG für ihre neue Form der Mitfahrzentrale sowie „MOMUs Rockmobil“ und „MOMUs Musikschule“.

„Mobilität ist eines der Schlüsselthemen in ländlichen Räumen. Die Wettbewerbsbeiträge zeigen, was Eigeninitiative vor Ort alles bewegen kann“, kommentierte Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Hans Jörg Duppré, Landrat und Präsident des Deutschen Landkreistages erklärte: „Viele Beiträge demonstrieren, wie wichtig eine gute Zusammenarbeit vor Ort und über Gemeindegrenzen hinweg ist. Wer Mitstreiter für seine Vorhaben gewinnen kann, hat schon eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung erfüllt.“

Zu den Zielen des Wettbewerbs gehört es, interessante Projekte vorzustellen, den Austausch von Informationen zu ermöglichen und unterschiedliche Akteure miteinander in Kontakt zu bringen.

Flyer: „Starke Kommunen, starkes Land“

Die Union will den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Heimat selbst zu gestalten. Eigenständigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise – das ist das politische Leitbild von CDU und CSU. Voraussetzung dafür sind solide Finanzen. Deshalb unternimmt die christlich-liberale Koalition große

Anstrengungen, um die Finanzkraft der Städte, Gemeinden und Landkreise zu stärken. Der Flyer „Starke Kommunen, starkes Land“ zeigt in zwölf Fragen und Antworten auf, wie der Bund die Kommunen finanziell entlastet.

Der Flyer kann unter www.cducsu.de heruntergeladen werden.

Bundesfreiwilligendienst feiert einjähriges Bestehen

Der Bundesfreiwilligendienst (BFD), eingeführt zum 1. Juli 2011, feiert sein einjähriges Bestehen. Mehr als 48.000 Frauen und Männer haben bereits einen Vertrag unterschrieben. Die Freiwilligen engagieren sich als Nachfolger des ausgesetzten Zivildienstes im sozialen Bereich, im Umweltschutz, in der Kultur, im Sport oder in der Integration.

„Die beeindruckenden Zahlen zeigen, dass es generationenübergreifend eine hohe Bereitschaft zum Engagement in unserer Gesellschaft gibt. Darauf sind wir sehr stolz. Dass der Start so erfolgreich verläuft, verdanken wir insbesondere den vielen Menschen, die sich im BFD für das Gemeinwohl engagieren. Dafür gebührt ihnen unser Dank, unser Respekt und unsere Anerkennung“, erklärte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder am 29. Juni 2012. Ein Jahr nach Einführung des BFD ziehen auch die kommunalen Spitzenverbände eine positive Bilanz: „Die abgeschlossenen Vereinbarungen und die große Zahl der neu

anerkannten Einsatzstellen belegen eindrucksvoll, dass der Dienst auf großen Zuspruch stößt und vor Ort in den Städten, Landkreisen und Gemeinden angekommen ist und angenommen wird“, erklärten der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, sowie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, am 27. Juni 2012 in Berlin. Obwohl der Übergang vom Zivildienst in den BFD alle Beteiligten vor immense Herausforderungen gestellt habe, sei die Umsetzung der Reform allen Skeptikern zum Trotz innerhalb eines Jahres gelungen. Die Übertragung der Durchführung des Bundesfreiwilligengesetzes auf das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftlichen Aufgaben (BAFzA) habe sich bewährt. Für das Jahr 2013 seien bereits jetzt 25 Prozent der Plätze vergeben und der Ansturm dauere an.

98 Prozent votieren für die deutsche Staatsangehörigkeit

Optionsmodell und Einbürgerungsrecht

Mit dem Abschluss zweier Forschungsprojekte des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge liegen erste Ergebnisse zu den im Koalitionsvertrag vereinbarten Evaluierungen des Optionsverfahrens und des Einbürgerungsrechts vor. Auch wenn die ersten Optionsverfahren erst im Jahr 2013 abgeschlossen sein werden, kann schon jetzt auf der Grundlage der Forschungsergebnisse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge eine erste Bilanz gezogen werden:

- Bei der Entscheidung der Optionspflichtigen zeigt sich eine klare Tendenz für die deutsche Staatsangehörigkeit. Weniger als zwei Prozent entscheiden sich für die

ausländische und gegen die deutsche Staatsangehörigkeit.

- Eine Verunsicherung in der familiären oder beruflichen Lebensplanung aufgrund der Entscheidungspflicht wird nur von 5,6 Prozent der Befragten angegeben.
- Viele Optionspflichtige weisen erhebliche Wissenslücken zum Optionsverfahren und ihren Mitwirkungspflichten auf.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des frühen Zeitpunkts der Untersuchung überwiegend nur Optionspflichtige unter 21 Jahren befragt werden konnten. Diese hatten zum Zeitpunkt des Interviews noch über zwei Jahre Zeit bis zum Auslaufen der

Optionsphase und haben bisher lediglich das erste von in der Regel mehreren Informationsschreiben erhalten.

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich erklärt hierzu am 22. Juni 2012: „Die Forschungsberichte belegen einen pragmatischen Umgang der jungen Menschen mit ihrer Optionspflicht. Aktueller gesetzgeberischer Handlungsbedarf ist aus dieser ersten Zwischenbilanz nicht ersichtlich. Auf erkennbar gewordene Probleme, insbesondere dem teilweise nur unzureichenden Wissen über Mitwirkungspflichten und Antragsfristen bei den Optionspflichtigen, können wir mit geeigneten administrativen Maßnahmen reagieren.“

Zum allgemeinen Einbürgerungsrecht stellen die Forschungsberichte fest, dass die Einbürgerungsanforderungen nur von ca. 20 Prozent der Befragten als hoch eingeschätzt

werden. Als Problem zeigen die Berichte insbesondere das fehlende Wissen über die bestehenden Einbürgerungsmöglichkeiten auf. Die Befragten wünschen sich besser zugängliche und in mehr Sprachen verfügbare Informationen. Das Bundesministerium des Innern kündigte an, das Informationskonzept weiter zu verbessern.



„Die beeindruckenden Zahlen des Berichts zeigen, wie richtig es war, dass die Union bei der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 1999 den rot-grünen Irrweg des Multikulti gestoppt und der Vernunft zum Sieg verholfen hat.“

Günter Krings, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagesfraktion

Einheitliche Behördennummer 115

Am 24. Mai 2012 hat die 2. Teilnehmerkonferenz der einheitlichen Behördennummer 115 im Regelbetrieb getagt. Vertreter der beteiligten Kommunen, Länder und Bundesbehörden haben gemeinsam den entsprechenden Lenkungsausschuss entlastet. Die IT-Beauftragte der Bundesregierung, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, hat als Vorsitzende dieses Lenkungsausschusses den Jahresbericht 2011 vorgestellt. Daraus geht hervor, dass die 115 von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen wird. Eine Evaluation hat ergeben, dass das vereinbarte Serviceversprechen insgesamt eingehalten und sogar mehrheitlich übererfüllt werden konnte.

Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe erklärte hierzu: "Wir haben 2011 viel erreicht. Nun geht es darum, diesen positiven Trend auch im Jahr 2012 fortzusetzen und die Behördennummer bundesweit zu etablieren." Geprüft werde die Erweiterung des 115-Services über die reine telefonische Auskunft

hinaus hin zu einem Multikanal-Service. Besonders Terminvereinbarungen mit den Behörden oder die Möglichkeit, Anträge im Voraus auszufüllen, könnten die Attraktivität des 115-Services weiter steigern, so die Staatssekretärin. Die 115 solle mittelfristig auch bei Krisen, Großschadenslagen und sonstigen Lagen, beispielsweise bei Hochwasser, unterstützend eingesetzt werden. Zahlreiche Städte, Landkreise und Gemeinden haben bereits im vergangenen Jahr die 115 freigeschaltet: Insgesamt wurden 98 Kommunen neu angeschlossen. Aktuell sind es 278 Kommunen, bis Jahresende werden es voraussichtlich 350 sein, darunter auch Städte wie München, Stuttgart oder Potsdam. Der Pilotbetrieb war 2009 mit 29 Kommunen gestartet. Die Erreichbarkeit, also die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die die 115 nutzen können, ist im vergangenen Jahr von gut zehn Millionen auf knapp 18 Millionen gestiegen. Bis Ende 2012 wird sich diese Zahl auf gut 23 Millionen erhöhen.

Partnerschaften Deutschland - ÖPP Deutschland AG

Bis zum 31. Juli 2012 können sich Länder, Kommunen und kommunale Unternehmen mittels einer Rahmenvereinbarung mit der ÖPP Deutschland AG wieder die Option auf neutrale und ausschreibungsfreie ÖPP-Beratung sichern. Sie eröffnen sich damit die Möglichkeit, schnell und unkompliziert auf die Beratungsleistung der ÖPP Deutschland AG zugreifen zu können, gehen aber ausdrücklich

keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme der Dienstleistungen ein. Neben dem Bund haben sich an der Gesellschaft Länder und Kommunalverbände sowie – über die Beteiligungsgesellschaft – Unternehmen und Konsortien beteiligt.

Weitere Informationen unter:

www.partnerschaften-deutschland.de

Bundesregierung stärkt Innenentwicklung in Städten

Am 4. Juli 2012 hat die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden beschlossen. Dazu erklärten der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dirk Fischer (Hamburg), und der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Peter Götz:

Die Bundesregierung möchte mit dem vorgelegten Gesetzentwurf die Funktionsfähigkeit der Zentren festigen und stärken. Dieses Ziel unterstützen wir ausdrücklich. Die unionsgeführte Bundesregierung setzt damit ihren politischen Kurs fort, die Kommunen in ihrer Verantwortung und in ihren Gestaltungsmöglichkeiten insgesamt zu stärken.

Es gilt, die Urbanität und Attraktivität von den Städten und Gemeinden auch künftig zu wahren und teilweise auch wiederherzustellen. Dazu wird im Gesetzentwurf u.a. vorgeschlagen, den Vorrang für Maßnahmen der Innenentwicklung bei städtebaulichen Maßnahmen gesetzlich zu fixieren und Erleichterungen für die Kommunen zur städtebaulichen Verdichtung zu schaffen. Zusätzlich soll eine besondere

Begründungsvorschrift für die Umnutzung von Landwirtschaftsflächen und Wald dazu beitragen, die Flächenneuanspruchnahme zu reduzieren. Mit Änderungen in der Baunutzungsverordnung sollen zusätzliche Vorschriften zu Gunsten der Innenentwicklung geschaffen werden. Darüber hinaus wird im Gesetzentwurf empfohlen, die gewerbliche Massentierhaltung im Außenbereich zu dessen Schutz stärker zu reglementieren.

Wir gehen davon aus, dass in traditionell konstruktiver Zusammenarbeit von Bundestag und Bundesrat beim Baugesetzbuch ein zügiges Gesetzgebungsverfahren möglich ist.



Dirk Fischer, baupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Appell für mehr Baukultur in der städtischen Verkehrsinfrastruktur

Konvent der Baukultur 2012

Deutschland hat bei Verkehrsplanung und Verkehrsbaukultur erheblichen Nachholbedarf – das ist das Fazit des „Hamburger Appell für mehr Baukultur in der städtischen Verkehrsinfrastruktur“, den renommierte Architekten, Planer, Ingenieure und Politiker am 18. Juni 2012 auf dem Konvent der Baukultur beschlossen haben. Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nahm als Mitglied des Stiftungsrates der Bundesstiftung Baukultur daran teil.

Neun Forderungen stellen die Konventsberufenen an die Politik und die eigene Zunft. Konkret fordert der Konvent, den Verkehr zu entschleunigen, so dass die Interessen aller Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt berücksichtigt werden können. Unter anderem wurden Probleme auf behördlicher Ebene angesprochen. So müsse das Fachpersonal stärker interdisziplinär agieren und Ausschreibungsverfahren

übergreifend gestaltet werden. Die Aus- und Fortbildung von Ingenieuren, Architekten, Stadt- und Landschaftsplanern sei interdisziplinär anzulegen, um eine fachübergreifende Qualität sicher stellen zu können.



Peter Götz, Oda Scheibelhuber, BMVBS, Prof. Michael Braum, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur. (Foto: Bundesstiftung Baukultur)

BITTE RESERVIEREN SIE DEN TERMIN: 17.10.2012

– Kommunkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereitet einen Kongress zum Thema „Starke Kommunen – starkes Land“ mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor:

Mittwoch, 17. Oktober 2012, 13.00 bis 16.30 Uhr, Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (Reichstagsgebäude, Raum 3 N 001)

Die Einladung folgt. Informationen erhalten Sie in Kürze unter: www.veranstaltungen.cducusu.de.

Herausgeber: Michael Grosse-Brömer MdB, Stefan Müller MdB | CDU/CSU-Bundestagsfraktion | 11011 Berlin
info@cducusu.de | www.cducusu.de

V.i.S.d.P.: Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik | Peter Götz MdB

Redaktion: Dr. Harald Bauer | Telefon (030) 227 52962

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.